

dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

Landesvorsitzender

Schleiufer 12
39104 Magdeburg

Telefon (03 91) 5 61 94 50
Telefax (03 91) 5 61 94 59
post@sachsen-anhalt.dbb.de
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Herrn Dr. Reiner Haseloff, MdL
Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt
Staatskanzlei
Hegelstraße 40 – 42

39104 Magdeburg

07. Januar 2016

Offener Brief - Protest gegen unzureichende Beamtenbesoldung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff,

nach vielen Gesprächen mit Ihnen wende ich mich nochmals an Sie mit der Bitte, zeitnah die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt zu verbessern.

Die Tarifbeschäftigten und Beamten im Land und in den Kommunen haben in den letzten 25 Jahren eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung in Sachsen-Anhalt aufgebaut. Ihnen wurde viel abverlangt und einiges zugemutet. Die Erwartungen der Dienstherrn und der Öffentlichkeit an die Bediensteten sind sehr hoch und das, obwohl in fast allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung das Personal nicht mehr ausreicht. Die Aufnahme von fast 40.000 Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr war eine große Herausforderung auch für den öffentlichen Dienst.

Alltag und kontinuierliches Arbeiten waren gestern, Personalnot, Abordnungen und Umsetzungen, wo Mitarbeiter fehlen, ist heute. Viele Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten Monaten aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Fehlende Nachbesetzungen werden zu weiterer Arbeitsverdichtung führen. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen können sich die Bürgerinnen und Bürger auf den öffentlichen Dienst verlassen, die Beamtinnen und Beamten aber nicht auf die Landesregierung.

Sie fühlen sich von dieser Landesregierung im Stich gelassen. Ihre Stimmung ist auf einem besorgniserregenden Tiefststand. Obwohl loyal und pflichtbewusst, haben sie den Eindruck, dass ihr berufliches Engagement nicht durch eine angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung anerkannt wird.

Den Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt wurden in den vergangenen Jahren enorme Einkommenskürzungen zugemutet durch:

- die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes,
- die zeitverzögerte und nicht immer inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse,
- die Einführung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und des Besoldungseinbehalts in der Heilfürsorge,
- keine jährlich kontinuierlichen Beförderungen,
- keine Stellenhebungen wie in anderen Bundesländern.

Einen Gleichklang in der Bezahlung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten in Sachsen-Anhalt gibt es nicht mehr.

Viele Beamtinnen und Beamte haben inzwischen auch den Eindruck, nur wer klagt, sichert seine Ansprüche. Es ist aber nicht Aufgabe der Gerichte, sondern des Landesgesetzgebers, verfassungskonforme Regelungen zu schaffen.

Die Umsetzung der Rechtsprechung zur altersdiskriminierenden Besoldung hat bei den Beamtinnen und Beamten im letzten Jahr für sehr viel Unmut gesorgt, weil es auf den Tatbestand, den Zeitpunkt oder den Inhalt eines formellen Widerspruchs ankam.

Am 18. Dezember 2015 hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen auch seine Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der A-Besoldung veröffentlicht und u. a. festgestellt, dass die Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte in Sachsen nicht amtsangemessen und damit verfassungswidrig war.

Besoldung ist Vertrauenssache und dieses Vertrauen befindet sich im freien Fall. Die Beamtinnen und Beamten protestieren entschieden gegen eine Landesregierung, die einseitig auf ihre Kosten den Landeshaushalt sanieren will. Statt sich fürsorglich und verantwortungsbewusst zu verhalten, schüren die Politiker im Land Staats- und Politikverdrossenheit selbst bei denjenigen, die die Funktionsfähigkeit des Staates sicherstellen.

Sie sind wütend und frustriert, weil ihr Vertrauen und ihre Loyalität missbraucht wurden. Die Landesregierung darf sich nicht länger hinter juristischen Winkelzügen und fragwürdigen Entscheidungen des Finanzministeriums verstecken, sie muss endlich handeln, wenn sie den öffentlichen Protest der Beamtinnen und Beamten vermeiden will.

Wir werden die Landesregierung daran messen, welche politischen Initiativen sie jetzt einleiten wird, um die Einkommen der Beamtinnen und Beamten zeitnah zu verbessern.

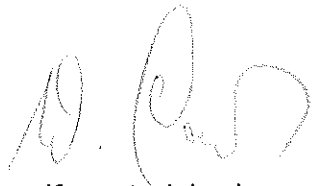
Der dbb sachsen-anhalt fordert:

- eine sofortige Einmalzahlung als Korrektur für die Ungleichbehandlung bei der Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober 2014 zur altersdiskriminierenden Besoldung,
- die Prüfung der A-Besoldung in Sachsen-Anhalt auf ihre Amtsangemessenheit, bei Feststellung einer Unteralimentation eine Korrektur durch Gesetz ohne Orientierung an der Untergrenze,
- die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes.

Wir werden nicht zögern, den berechtigten Protest der Beamtinnen und Beamten notfalls auf die Straße zu tragen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Haseloff, uns vereint unser gemeinsames Interesse an einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst und einer funktionsfähigen Verwaltung. Dazu brauchen wir auch engagierte und motivierte Beamte mit einer attraktiven und wettbewerbsfähigen Bezahlung. Umso wichtiger ist es, dass Sie jetzt die Weichen richtig stellen und sofort handeln!

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Ladebeck
Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt